

Bundesgeschäftsstelle

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
Brunnenstr. 181
10119 Berlin

+49 (0)30 450 89 119
www.bzi-bundesintegrationsrat.de
office@bzi-bundesintegrationsrat.de

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat • Brunnenstr. 181 • 10119 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 10.02.2023

Pressekontakt: Dr. Nergiz, Tel.: 030 450 89 119

Erdbebenkatastrophe | BZI Vorsitzender Memet Kilic „Die humanitäre Lage verschärft sich drastisch. Wir fordern von Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland eine unbürokratische und schnelle Visavergabe für Notleidende.“

Memet Kilic, Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI):

„Weite Gebiete der Türkei und Syrien wurden von einem schweren Erdbeben heimgesucht, wodurch nun zahlreiche Städte in Trümmern liegen. Das Erdbeben hat auch gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Lage: Viele Menschen haben nicht nur ihren Verwandten und Bekannten, sondern auch ihre Wohnungen verloren. Sie harren derzeit in Eiskälte, ohne Obdach, ohne Zugang zu Trinkwasser und ohne medizinische Versorgung aus. Unser Beileid und unsere Gedanken gehen an diejenigen, die Familie oder Freunde in den Trümmern verloren haben und wir wünschen den Verletzten gute Besserung. Wir bedanken uns bei den Rettungskräften vor Ort, die großartige Hilfe leisten.“

Kilic, der selbst Jurist mit Schwerpunkt im Ausländerrecht ist, fordert von den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland, „angesichts der humanitären Lage eine unbürokratische und schnelle Visavergabe für Notleidende, die nun eine schnelle Zuflucht benötigen“. Insbesondere für diejenigen, für die bereits eine Verpflichtungserklärung von Verwandten in Deutschland vorliege, könnten „die deutschen Konsulate auf zahlreiche weitere Dokumente verzichten, die in den Trümmern oftmals nicht mehr zu finden sind“, stellt Kilic fest. „In dieser schweren Zeit benötigen die Menschen, die in der betroffenen Region ausharren und die, die in Deutschland um ihre Angehörigen bangen, dieses Zeichen der Solidarität“, betont Kilic.

Neben der Möglichkeit einer schnellen Einreise fordert Kilic vom Bundesfinanzministerium außerdem die Veröffentlichung von steuerlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Geschädigten: „Im Kontext des Ukraine-Krieges hat sich gezeigt, dass ein solcher Maßnahmenkatalog Rechtssicherheit für diejenigen schafft, die sich in einer humanitären Katastrophe solidarisch zeigen und sich engagieren. Diese Rahmenbedingungen sind auch jetzt nötig, um eine breite humanitäre Unterstützung von Notleidenden sicherzustellen.“

Über BZI: Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) ist die bundesweite Interessenvertretung der Landesorganisationen kommunaler Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte in fast allen Bundesländern. Der BZI arbeitet religions-, ethnien- und parteienübergreifend.